

Dazu müssten wir kommen : das Feindbild abzubauen!

Autor(en): **Imhof, Max**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Kette : Schweizerisches Magazin für Drogenfragen**

Band (Jahr): **7 (1980)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-799937>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dazu müssten wir kommen: das feindbild abzubauen!

LEBEN IST EIN SO HOHES RECHTSGUT, DASS ES EIN ÖFFENTLICHES INTERESSE IST, ES DORT, WO ES BESONDERS GEFÄHRDET IST ZU SCHÜTZEN. BEIM DROGEN-PROBLEM GEHT ES UM LEBEN UND TOD. ES IST DESHALB EINE JURISTISCHE AUFGABE DES STAATES, ZU VERHINDERN, DASS WILLKÜRLICH (IN UNSEREM FALL DURCH DROGEN) MENSCHEN VOM LEBEN ZUM TOD KOMMEN. DER STAAT IST AUSDRUCK EINES GEMEINSAMEN WILLENS. WIR BEGINNEN DESHALB UNSERE REIHE ÜBER DEN DROGENABHÄNGIGEN IN STRAFVERFOLGUNG UND STRAFVOLLZUG MIT DEM INTERVIEW MIT STAATSANWALT MAX IMHOF, CHEF DES BETÄUBUNGSMITTELDEZER-NATES BASEL-STADT, DER DIESEN GEMEINSAMEN WILLEN AUSZUDRÜCKEN UND ZU VERTRETEN HAT.

Kette: Welches sind die möglichkeiten des vor einigen jahren in kraft getretenen betäubungsmittelgesetzes?

Staatsanwalt Max Imhof: Ich bin der meinung, dass wir eines der besten gesetze haben, das man sich überhaupt vorstellen kann, weil darin sämtliche möglichkeiten zur spezifischen behandlung des einzelnen drogenabhängigen enthalten sind. Die problematik ist die, dass wir zwar gesetzlich alle möglichkeiten haben - nicht aber praktisch, indem die betreffenden institutionen nicht vorhanden sind.

Welche praxis hat sich in der erfahrung mit diesem gesetz entwickelt?

Wir fragen jeden drogenabhängigen, wenn er nach der verhaftung zu uns kommt, ob er bereit ist, in eine therapiestation zu gehen. Sagt er ja, dann kann er gehen. Finanziell ist das kein problem. Zwar ist ein drogentherapieplatz ungefähr dreimal so teuer wie ein strafvollzugsplatz. Wenn wir aber bedenken, dass einer nach zwei jahren auch als geheilt aus der drogentherapie entlassen werden kann, und dem die kosten für fünf bis sechs jahre zuchthaus gegenüberstellt, kommt die therapie auch nicht mehr teurer.

Unser problem ist, dass es uns in der regel nicht gelingt, jemanden der eine relativ kurze freiheitsstrafe zu erwart-

ten hat (ca. bis zu ein/eineinhalb jahre), für eine therapie zu motivieren. Das hängt damit zusammen, dass sich der straffällige oft ausrechnet, dass er mit zwei dritteln der strafvollzugszeit davon kommt, also kostet ihn der strafvollzug weniger zeit als die therapie. Einen, der fünf jahre zuchthaus zu erwarten hat, für die therapie zu motivieren, gelingt auch uns, und ist zweifellos keine meisterleistung. Das ist einfach eine frage der realität.

Nach dem gesetz hätten wir durchaus die möglichkeit, auch leute, die nur drogen konsumieren, in eine therapiestation einzuweisen. Doch scheitert dies an der praxis, weil wir in keiner therapiestation über eine geschlossene abteilung verfügen, wo entsprechende fachleute diese motivation, die wir in der strafverfolgung nie erwirken können, zu erzielen. Eine geschlossene abteilung muss es sein, damit der drögeler nicht jeden tag neu vor der entscheidung steht "soll ich heute abhauen oder nicht?".

Diese probleme stehen einfach noch offen im raum. Wir versuchen, sowohl über unser dezernat, als auch über die kantonale alkohol- und drogenkommission, deren mitglied ich bin, lösungen aufzuzeigen, doch scheitert das meistens daran, dass behauptet wird, niemand wolle eine solche geschlossene abteilung führen.

Immer wieder wird vertreten, therapieplätze gebe es bereits genug - nur drögel, die sich freiwillig einer therapie unterziehen wollten, gebe es kaum mehr. Der freiwillige sektor sei zur genüge abgedeckt.

Für mich ist nicht jeder, der ein wenig drogen nimmt ein abhängiger. Der wirklich abhängige fixer kann jedoch im grunde genommen gar nicht frei entscheiden, freiwillig in eine therapie zu gehen. Das teuflische der drogenabhängigkeit ist doch gerade, dass keine freien entscheidungen mehr gefasst werden können. Deshalb ist es für mich fast ein widerspruch in sich, wenn man sagt, dass nur die freiwillige therapie etwas bringen kann.

Welche verbesserungen können sie sich vorstellen?

Man kann höchstens versuchen, sei es über sozialarbeiter oder andere fachleute, eine motivation hinzukriegen. Bei den kurzen freiheitsstrafen, hätten wir wohl die gesetzliche grundlage für die einweisung in eine therapiestation. Diese ist jedoch praktisch nicht vollziehbar; spätestens wenn ein in eine therapeutische gemeinschaft eingewiesener wiederholt wegläuft und wieder eingewiesen wird, weigert sich die gemeinschaft, ihn wieder aufzunehmen, weil der betrieb gestört wird.

In diesem fall sieht das gesetz vor, dass dem straffälligen der bisherige freiheitsentzug, also auch jene tage, die er in der therapiestation und in untersuchungshaft verbrachte, an die grundstrafe angerechnet werden müssen.

Der reine fixer (sofern es diesen überhaupt je gibt) wird im höchstfall zu drei monaten freiheitsstrafe nach art. 19a des betäubungsmittelgesetzes verurteilt. Diese drei monate sind mit dem beschriebenen spiel schnell vorbei, und danach haben wir überhaupt keine möglichkeit mehr, die weitere entwicklung zu beeinflussen, sei es in irgend einer therapie oder im strafvollzug.

Weil die praxis so läuft, beantragen wir auch gar keine entsprechenden massnahmen. Wir sind jedoch überzeugt, in geschlossenen abteilungen, z.b. von bestehenden therapiestationen, die motivation zu erwirken, auch bei jenen leuten, die keinen druck einer längeren freiheitsstrafe spüren, weil die ihre kürzer wäre. Diese motivationsar-

beit müsste jemand ausserhalb der strafverfolgung leisten können. Dazu sind wir nicht ausgebildet und von unserer stellung her nicht in der lage.

Die gesetzlichen grundlagen für alle denkbar möglichen therapieprogramme und -hilfen sind gegeben; da müssten wir gar nichts verändern.

Der ehemalige ministerpräsident Indiens, Desai, soll einmal gesagt haben: "Gesetze sind wie eine hecke, die den garten schützen. Dadurch wird der garten jedoch noch nicht bepflanzt ..." Uebertragen auf den strafvollzug an drogenabhängigen: pflanzt die zeit des strafvollzuges etwas/genug, das dem betroffenen danach hilft, ein sogenanntes normalleben zu führen?

In meinen augen hat der strafvollzug weitgehend versagt. Doch ich möchte mich dazu nicht zu stark äussern. In meinen augen müsste man in den strafanstalten aufteilen zwischen straffälligen, die nebst den anderen delikten auch fixer sind und solchen, welche nie drogenabhängig waren. Wenn wir diese trennung nicht durchführen können, gefährden wir alle errungenschaften eines modernen strafvollzuges (mehr bezug nach aussen, mehr verbindungen, mehr möglichkeiten im ganzen resozialisierungsprogramm).

Wir erleben jedoch immer mehr, dass der drögel, sei es in untersuchungshaft oder im strafvollzug, immer wieder versucht, stoff zu beschaffen, auch über leute, die nichts mit drogen zu tun haben. Deshalb wäre eine strikte trennung dringend notwendig. Zwar wird oft behauptet, dass sich niemand finden würde, der eine anstalt nur für drogenleute leiten möchte. In Deutschland zum beispiel gibt es diese lösung, die relativ mit erfolg angewandt wird.

Wie sieht die bestmögliche lösung für drogenabhängige im bestehenden strafverfahren aus?

Ich will nicht sagen, wer keine therapie will, kommt in den strafvollzug, und dort geschieht dann nichts mehr. Auch im strafvollzug sollten wir versuchen, dem drögel zu helfen, von seiner drogenabhängigkeit loszukommen, selbst wenn wir hier nicht über die optimalen mittel einer therapiestation verfügen. Gelingt uns das nicht, ist ganz klar, dass er früher oder später wieder straffällig wird.

Kaum ein Fixer, der nicht im Laufe der Zeit zum Händler wird. Wie sehen Sie diese Problematik?

Es gibt keinen wirklich drogenabhängigen Fixer, der sich den Stoff mit legalen Mitteln beschaffen kann. Das bedeutet, dass jeder Fixer zumindest zum Kleindealer, zum Kleinimporteur wird. Das ist für uns jedoch keine allzugrosse Problematik. Im Gegenteil: In der jetzigen Situation bewirkt das, dass er zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe verurteilt wird und dadurch für eine Therapie motiviert werden kann. Hätten wir diese Möglichkeit nicht, weil das Heroin einfacher und billiger zu bekommen wäre, würden sie alle mit der Höchststrafe für Konsumenten von drei Monaten Haft davonkommen, und es wäre noch weniger möglich, zumindest von uns aus, sie für eine Therapie zu motivieren.

Was geschieht, wenn es immer mehr verhaftete gibt, die grössere Strafen erhalten, weil der Tatbestand des Dealens dazukommt?

Vorläufig haben wir immer noch genug Möglichkeiten mit Therapieplätzen. Es gibt auch viele weitere Projekte für Therapiestationen, immer auf freiwilliger Basis. Entgegen der vielleicht häufigen Meinung, führen wir keine Razzien durch; wir sammeln die Fixer nicht bewusst ein. Wir überwachen höchstens dort, wo es um eine grössere Handelstätigkeit geht. Das kann zwar mit sich bringen, dass auch kleinere Händler dabei erwischt werden; viele werden am Zoll oder von anderen Polizeidienststellen aufgegriffen.

Eine vornehme Aufgabe des Betäubungsmitteldezernates sähe ich auch in der Prophylaxe. Das hiesse, zu versuchen, die Jungfixer aus der Szene herauszunehmen, also zu Beginn ihrer Drogenkarriere. Das tun wir jedoch nicht, weil wir nicht wissen, wohin mit dieser Gruppe. Wir sind nicht daran interessiert, diese Jungen zu inhaftieren und sie dann auf die Strasse zu stellen, wo sie einfach wie vorher weiterfahren. Wir müssen bei so und so vielen jungen Menschen einfach warten, bis sie so tief drinstecken, dass sie erst durch längere Freiheitsentzüge motiviert werden können, den Ausstieg zu versuchen.

Sie formulieren das Aufgreifen durch das Rauschgiftdezernat als Hilfe für den jungen Menschen. Für den Betroffenen und seine Angehörigen dürfte das jedoch mit grossen Problemen verbunden sein (Schwierigkeiten in der Umgebung, bei der Stellensuche, durch Straffälligkeit abgestempelt usw.)

Ich würde das nicht so brutal formulieren. Es gibt doch viele junge Leute, die gerade weil sich die Behörden massgebend für sie eingesetzt haben, eine Lehrstelle bekommen haben. Wenn ein Amt oder ein Sozialarbeiter des entsprechenden Amtes dahintersteht, ist es oft viel einfacher, diese jungen Leute mit all ihrer Problematik unterzubringen. Ich wehre mich auch dagegen, von "abgestempelt" zu sprechen. Was geschieht denn, wenn mit den Leuten gar nichts getan wird? Dann fallen sie doch einfach immer tiefer. Das Fixen ist ein echt menschliches Problem mit teuflischen Auswirkungen, und wir können nicht einfach darauf hoffen, dass Wunder geschehen und die betreffenden von selber wieder aufhören. Deshalb braucht es in erster Linie eine Hilfe von aussen. Wer diese leistet ist zweitrangig.

Verfolgen Sie die Entwicklung des einzelnen Jugendlichen, den Sie verurteilen, nachdem er nicht mehr in ihrem Arbeitsbereich liegt? Haben Sie Kontakte, die weiterführen?

Offizielle Kontakte gibt es nicht. Es wird aber auch schwierig, wenn uns die Leute sozusagen als direkte Vertrauenspersonen für ihren weiteren Weg wählen, weil wir da schnell in eine Zwickmühle geraten, was die Gerechtigkeit anbelangt. Das ist ein menschliches Dilemma, mit dem jeder von uns mehr oder weniger immer wieder konfrontiert wird. Aus diesem Grund rate ich auch meinen Mitarbeitern, kein zu enges Vertrauensverhältnis mit dem Fixer aufkommen zu lassen.

Etwas ganz anderes: immer wieder taucht die Frage auf, ob es nicht besser wäre, Drogen kontrolliert abzugeben, wie wir das von einzelnen ausländischen Modellen kennen. Was halten Sie davon?

Ich bin dagegen, weil ich es einerseits ethisch unverantwortlich finde, wenn wir Drogen als gefährlich erkannt haben, diese überhaupt einem Menschen abzugeben und andererseits, weil ich eine unheimliche Gefahr dahinter sehe, dass jene Händler, welche ihren Stoff ohnehin schon an regelmässige Fixer absetzen, sich dann noch mehr Kundschaft aufreissen, noch mehr "anfixen", damit sie ihren Stoff loswerden.

Solange mit Heroinhandel so unheimlich verdient werden kann, werden wir ihn nicht einfach durch Eindämmung der Nachfrage bekämpfen können. Solange unsere menschliche Gemeinschaft so strukturiert ist, wie

sie es jetzt ist, gibt es einfach leute, die anfällig sind, auf drogenabhängigkeit und genau so gibt es kriminelle, welche diese anfälligkeit brutal ausnützen.

Sie werden täglich mit fixern und ihrer menschlichen problematik konfrontiert. Werden sie dadurch zu einem betroffenen, und können sie diese erfahrungen fruchtbar machen?

Ja, ich bin betroffen. Sie können das durchaus dokumentarisch sehen: ich bemühe mich auf verschiedenen ebenen (kant. alkohol- und drogenkommission, subkommissionen, letztere auch auf privater basis), zu erreichen, dass auch mit jenen fixern etwas geschieht, welche gar nicht in eine therapie wollen. Grosse erfolge haben wir jedoch auf diesem weg noch nicht. Es zeichnen sich zwar einige ab, indem wir auch über wirtschaftliche kreise versuchen, kontakte zu schaffen, um finanzielle mittel zu erhalten, weil der staat für diese aufgabe noch mehr zeit brauchen würde. Sehr viel weiter sind wir jedoch hier noch nicht gekommen. Zwar schreibt man in den zeitungsen ständig über die armen kranken fixer und darüber, dass diese nicht ins gefängnis gehören. Damit bin ich auch einverstanden, nur weiss ich keine alternative für jene, die nicht in eine therapie wollen. Sollen sie tatsächlich wieder auf die strasse gehen und dort worten, bis sie in irgendeiner toilette krepieren? Dieser meinung bin ich nicht. Es ist sehr einfach, immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir mehr therapieplätze schaffen sollten, ohne dann konkret zu werden und zu sagen für wen und in welcher richtung. Das macht mich in der täglichen konfrontation mit den fixern am betroffenensten: dass hier kaum etwas geht, und das was geht, sehr langsam vorwärts kommt.

Finden sie sich manchmal in der rolle des bösewichtes abgestempelt, der stellvertretend für die gesellschaft, die sich doch lieber nicht mit dem problem befasst, für ruhe zu sorgen hat?

Zweifellos. Doch das ist etwas, das man in kauf nehmen muss, wenn man diesen beruf gewählt hat. Ganz dumm gesagt: "Irgend jemand muss es ja tun". Ich bin vor allem staatsanwalt geworden, weil mich die verknüpfung von juristischen strauchelmöglichkeiten und mensch interessierten. Als ich den beruf wählte, gab es noch kein rauschgift. Bevor ich das rauschgiftdezernat übernommen habe, war ich sechs jahre auf der jugendanwaltschaft tätig und bin eigentlich dort in die

rauschgiftproblematik hineingewachsen. Ich glaube daran, dass der staat hier eine unglaubliche aufgabe hat. Die praxis zeigt, dass für die ganz schwer benachteiligten am schluss eben nur der staat übrig bleibt. Gerade im drogensektor werden sehr viele private bemühungen wirksam, und das ist sehr gut. Doch haben wir eine sehr grosse zahl von leuten, die über die in der privaten hilfe angebotenen möglichkeiten nicht ansprechbar sind. Ich glaube, dass es auch unsere aufgabe ist, als gemeinschaft absolut gesehen, für diese leute etwas zu tun, damit sie nicht immer tiefer sinken und immer neue junge mit in die misere reissen.

Seit 1976 konnten wir grob gesagt zwischen 60 und 80 fixer dazu bringen, in eine therapiestation zu gehen. Zum teil sind sie auch wieder weggelaufen - mit diesem problem müssen wir leben. Doch in derselben zeitspanne brachten wir unendlich viele leute, die genauso dringend, wenn nicht noch dringender therapie gebraucht hätten, nicht dazu. Und hier sehe ich eben eine der ganz wichtigen aufgaben, wo nur der staat und in seiner mitarbeit das rauschgiftdezernat etwas positives tun könnte.

Wir begannen letztes jahr eine sogenannte fixerkartei anzulegen und registrierten da in einem jahr 170 neue fixer. Wenn wir nochmals bedenken, dass die zielrichtung unserer arbeit in der handelbekämpfung liegt, und der reine konsument oder der anfängerkonsument nur am rand anfällt, in irgendwelchen polizeikontrollen ausserhalb des rauschgiftdezernates, dass also wir hier allein 170 neue fixer registrierten, die uns noch nicht bekannt waren- das scheint mir eine ganz bedenkliche zahl zu sein; sie braucht nicht interpretiert zu werden.

Welches sind ihre zielvorstellungen aufgrund ihrer erfahrungen?

Ich finde es blödsinnig, wenn immer polarisiert wird zwischen "den bösen von der strafverfolgung" und "den lieben, die therapie machen wollen". Ich erlebe es als sehr schwierig, dass in bezug auf diese ganze problematik zuviele leute vom politischen oder einfach weltanschaulichen gesichtspunkt her wände um sich herum aufbauen. Mich erschüttert manchmal das feindbild, das man auf der seite der in der therapie tätigen von uns hat. So gehen kräfte, die wir geschlossen für etwas sinnvolles einsetzen könnten, verloren. Dieses feindbild abzubauen, und über den einzelfall hinaus den gesamtaspekt zu sehen, hier auch etwas zu tun - dazu müssten wir kommen.